

## Ergebnis der Sitzung des Gemeinderates vom 28. Mai 2009

### • Einwohnerfragestunde im Gemeinderat Perl

Rechtzeitig vor Sitzungsbeginn lag zur Einwohnerfragestunde ein Schreiben von Herrn Ernst Rudolf Ollinger, Büschdorf, zu dem Thema „Bündnis für Familie“ in der Gemeinde Perl vor.

Die schriftlich gestellte Frage mit der Begründung wurde von Herrn Ollinger vorgetragen und soweit möglich von der Verwaltung bzw. dem Bürgermeister beantwortet.

### **Vorlage des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2007 und Feststellung des Jahresabschlusses für die Eigenbetriebe der Gemeinde Perl**

#### **Gemeindewasserwerk Perl**

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Jahr 2007 der W + ST Publica Revisionsgesellschaft mbH, Dillingen, war Gegenstand der Beratungen des Werksausschusses am 27.05.2009.

Die gemäß § 3 Abs. 4 der Verordnung über die Prüfung des Jahresabschlusses der Eigenbetriebe und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung vorgesehene Schlussbesprechung des Prüfungsergebnisses hat am 26. März 2009 unter Teilnahme der Kommunalaufsichtsbehörde und des Wirtschaftsprüfers stattgefunden. Über das Besprechungsergebnis und die Ausschussberatung wurde in der Sitzung im Einzelnen berichtet.

Die Abschlusszahlen des Wirtschaftsjahres 2007 für das Gemeindewasserwerk stellen sich wie folgt dar:

a) Bilanzsumme	4.000.488,35 €
b) Summe der Erträge	800.731,22 €
c) Summe der Aufwendungen	811.471,94 €
d) Jahresverlust	-10.740,72 €

Der Jahresgewinn des Vorjahres in Höhe von 32.613,35 € wurde laut Beschluss des Gemeinderates vom 06.03.2008 insgesamt in die Rücklage eingestellt. Es wird vorgeschlagen, den Verlust 2007 auf neue Rechnung vorzutragen.

Über die Empfehlung des Werksausschusses vom 27.05.2009 wurde der Rat vom Vorsitzenden bzw. vom Fraktionsvorsitzenden Stegmann eingehend informiert. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Quellen Perl und Oberperl infolge einer erhöhten Pestizidbelastung vom Netz genommen werden mussten. Ebenso hatte sich der Ausschuss mit dem Antrag der CDU-Fraktion zur Erstattung der Mehrwertsteuer aus Rechnungen für die Hausanschlüsse befasst und hierzu beschlossen, die Mehrwertsteuerbeträge beginnend ab dem Jahr 2000 ohne besonderen Antrag seitens des Wasserwerkes an die Anschlussnehmer zu erstatten.

Abschließend beschloss der Gemeinderat einstimmig, der Empfehlung des Wirtschaftsprüfers und des Werksausschusses folgend:

1. Den Jahresabschluss 2007 mit den vorstehenden Abschlusszahlen festzustellen und den Lagebericht der der Werkleitung zu bestätigen.
2. Den Jahresverlust 2007 in Höhe von 10.740,72 € auf neue Rechnung vorzutragen.

## Abwasserbetrieb Perl

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Jahr 2007 der W + ST Publica Revisionsgesellschaft mbH, Dillingen, war Gegenstand der Beratungen des Werksausschusses am 27.05.2009.

Über das Ergebnis der Schlussbesprechung des Prüfungsergebnisses vom 26. März 2009, an dem die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde und der Wirtschaftsprüfer teilgenommen haben, wurde in der Sitzung im Einzelnen berichtet.

Die Abschlusszahlen des Wirtschaftsjahres 2007 für den Abwasserbetrieb stellen sich wie folgt dar:

a) Bilanzsumme	16.677.611,16 €
b) Summe der Erträge	1.558.273,27 €
c) Summe der Aufwendungen	1.681.762,97 €
d) Jahresverlust	-123.489,70 €

Da gemäß dem Beschluss des Gemeinderates vom 14.12.2006 im Rahmen der Beratungen zum Wirtschaftsplan 2007 bzw. vom 06. März 2008 beschlossen wurde, die gesamten Verlustvorträge aus Vorjahren (335.796,63 €) und den Verlust 2006 in Höhe von 184.300,12 € aus den Rücklagen auszugleichen, ist aktuell kein Verlustvortrag aus Vorjahren vorhanden. Über die Behandlung des Jahresverlustes aus 2007 ist vom Gemeinderat insofern zu entscheiden.

Hier wurde vorab vom Vorsitzenden bzw. von Fraktionsvorsitzenden Stegmann über das Ergebnis der Beratungen im Werksausschuss vom Vortag berichtet. Dabei wurde insbesondere darauf verwiesen, dass die Wirtschaftsberatungsgesellschaft für den Abschluss des Abwasserwerkes lediglich einen eingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, was vom Wirtschaftsprüfer mit der unzureichenden Ertragslage begründet wird.

Herr Stegmann sieht das Hauptproblem beim Abwasserbetrieb in den überproportional hohen Investitionen der Vorjahre, des laufenden Jahres und auch noch in den beiden nächsten Jahren, die begingt sind durch die parallel notwendigen Maßnahmen zu dem Bau von Hauptsammlern und Kläranlagen durch den EVS. Eine Entspannung der Situation wird nach der Finanzplanung voraussichtlich ab den Jahren 2011/2012 eintreten. Darüber hinaus ist ab dem Jahr 2008 bereits mit einer Verbesserung der Ertragslage zu rechnen, da ab diesem Jahr die vom Gemeinderat beschlossene Erhöhung der Abwassergebühren um 50 Cent/m<sup>3</sup> greifen wird. Damit könne man für 2008 voraussichtlich schon den Ausgleich, d.h. einen Abschluss ohne Verlust möglich machen. Insoweit spricht er sich dafür aus, entsprechend der Empfehlung von Herrn Pfaff, W + ST Publica, den Jahresverlust 2007 auf neue Rechnung vorzutragen.

Ergänzend hierzu wies der Vorsitzende auf die Entlastung für den Abwasserbetrieb durch die Gründung der Infrastrukturgesellschaft mbH Perl hin. Damit werden die Investitionen zur Erschließung von Baugebieten nach dem Verursacherprinzip abgerechnet, was eine Reduzierung der Verluste beim Abwasserbetrieb ermögliche. Ebenso ist eine Verbesserung durch die Anhebung der Abwassergebühren um 50 Cent eingetreten.

Allein im Hinblick auf die noch ausstehende Auseinandersetzung mit der Kommunalaufsichtsbehörde wegen der Verlustabdeckung in den Vorjahren, die von der Kommunalaufsicht in dieser Form beanstandet wurde, bat auch der Bürgermeister darum, dem Vorschlag des Werksausschusses zu folgen und den Verlust 2007 auf neue Rechnung vorzutragen.

Insgesamt sprach sich der Gemeinderat jedoch einstimmig dafür aus, es bei den bisherigen Beschlüssen in Hinsicht der Verlustabdeckung bis einschließlich des Jahres 2006 zu belassen und diese aus den Rücklagen auszugleichen.

Nach eingehender Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig, entsprechend der Empfehlung des Wirtschaftsprüfers und des Werksausschusses folgendes:

1. Den Jahresabschluss 2007 mit den vorstehenden Abschlusszahlen festzustellen und den Lagebericht der der Werkleitung zu bestätigen.
2. Den Jahresverlust 2007 in Höhe von 123.489,70 € auf neue Rechnung vorzutragen.

## **Bauleitplanung im Ortsteil Nennig – Aufstellung des Bebauungsplanes bzw. eines Vorhaben bezogenen Bebauungsplanes zur Änderung des Bebauungsplanes „Erste Änderung und Erweiterung Oberwies“ – Satzungsbeschluss**

Die Entwürfe des Vorhaben bezogenen Bebauungsplanes bzw. des Bebauungsplanes zur Änderung des Bebauungsplanes „Erste Änderung und Erweiterung Oberwies“ wurden auf der Grundlage des Beschlusses des Gemeinderates vom 12.03.2009 in der Zeit vom 03.04. bis 04.05.2009 öffentlich ausgelegt; parallel dazu erfolgte die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.

Während der Offenlegung im Rathaus haben lediglich vier interessierte Bürger Einsicht in die Bebauungsplanunterlagen genommen; eine schriftliche Stellungnahme hierzu ist bei der Verwaltung eingegangen.

Die von den Trägern öffentlicher Belange vorgebrachten Bedenken und Anregungen, insoweit sie abwägungsrelevant sind, wurden mit einem entsprechenden Beschlussvorschlag versehen zur Sitzung im Einzelnen vorgelegt und erläutert.

Der Durchführungsvertrag zum Vorhaben- und Erschließungsplan -wie er sich nach den Beratungen im Bau- und Umweltausschuss bzw. im Gemeinderat darstellt- wurde entsprechend den Bestimmungen des § 12 Abs. 1 BauGB vor Satzungsbeschluss zwischen dem Vorhabenträger und der Gemeinde abgeschlossen; die Fraktionen hatten jeweils eine Vertragsausfertigung mit der Einberufung vor der Unterzeichnung erhalten.

Die Verwaltung hat vorgeschlagen, den Vorhaben bezogenen Bebauungsplan und den Bebauungsplan zur Änderung des Bebauungsplanes „Erste Änderung und Erweiterung Oberwies“ in der vorliegenden Fassung als Satzung zu beschließen. Weitere Einzelheiten zu der Planung bzw. deren Umsetzung wurden anhand des Bebauungsplanentwurfes zur Sitzung nochmals erläutert.

Nach kurzer Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung folgend,

1. den Vorhaben bezogenen Bebauungsplan zur Änderung des Bebauungsplanes „Erste Änderung und Erweiterung Oberwies“ und
2. den Bebauungsplan zur Änderung des Bebauungsplanes „Erste Änderung und Erweiterung Oberwies“  
jeweils mit den dazu gehörigen Anlagen und Bestandteilen als Satzung zu beschließen.

## **Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde Perl im Bereich „Renglichberg“ – Antrag Zielabweichungsverfahren**

Aufgrund der Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde, wonach im Ergebnis der Gemeinderatsbeschluss vom 12.08.2008 wegen Verletzung des Anhörungsrechtes eines Ortsrates rechtswidrig zustande gekommen ist, hat der Gemeinderat diesen Beschluss zur Beantragung eines Zielabweichungsverfahrens mit Beschluss vom 23.04.2009 aufgehoben.

Darüber hinaus hatte der Gemeinderat einstimmig folgendes beschlossen:

1. Die betroffenen Ortsräte, d.h. die Ortsräte der angrenzenden Gemeindebezirke Oberleuken/Keßlingen/Münzingen, Sinz, Tettingen-Butzdorf/Wochnern und Borg, sind in der Angelegenheit zu hören.
2. In der Sitzung des Gemeinderates am 28.05.2009 soll erneut über die Beantragung eines Zielabweichungsverfahrens zur Errichtung von Windkraftanlagen auf dem „Renglichberg“ beraten und entschieden werden.

Die betroffenen Ortsräte wurden gemäß dem Beschluss des Gemeinderates zwischenzeitlich in der Angelegenheit gehört. Die Ortsräte von Borg, Oberleuken/Keßlingen/Münzingen und Tettingen-Butzdorf/Wochern haben gegen die erneute Beantragung eines Zielabweichungsverfahrens gestimmt; lediglich der Ortsrat von Sinz hat sich mehrheitlich für eine erneute Antragstellung ausgesprochen.

Zu Beginn der Beratungen erläuterte Fraktionsvorsitzender Stegmann die Position der CDU-Fraktion, die nach seinen Ausführungen bereits bei der ursprünglichen Beantragung des Zielabweichungsverfahrens gegen die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Renglichberg gewesen ist. Die CDU-Fraktion setzt vielmehr auf die Errichtung von Fotovoltaikanlagen. Es sollte eine Untersuchung aller hierfür infrage kommenden Standorte in die Wege geleitet werden. Die CDU-Fraktion beantragt daher, kein Zielabweichungsverfahren für die Errichtung von Windkraftanlagen zu beantragen.

Demgegenüber bedauerte Fraktionsvorsitzender Schreiner für die SPD-Fraktion, dass aufgrund eines formal juristischen Fehlers diese Angelegenheit heute erneut auf der Tagesordnung stehe und das Zielabweichungsverfahren neu beschlossen werden müsse. Er verwies darauf, dass es erklärtes Ziel der Politik auf Landes- und Bundesebene sei, die Windkraft entsprechend verstärkt auszubauen, um so u.a. das von Kanzlerin Merkel gesetzte Ziel zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung zu erreichen. Diese Argumentation wurde ebenfalls vom Vorsitzenden aufgegriffen und entsprechend weiter ausgeführt. Er bat darum, erneut ein Zielabweichungsverfahren zu beantragen und somit die Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde Perl zuzulassen. Die Ablehnung von Windkraftanlagen passe nach Meinung der SPD-Fraktion nicht in die heutige Zeit.

Dem entgegnete Fraktionsvorsitzender Stegmann in direkter Erwiderung, dass nach der damaligen Entscheidung ein Zielabweichungsverfahren für zwei Windkraftanlagen zu beantragen -entgegen der ursprünglichen Aussage- weitere elf Anlagen auf dem Gemeindegebiet beantragt wurden. Er erklärte nochmals, dass die CDU-Fraktion sich eindeutig gegen die Errichtung von Windkraftanlagen ausspreche und stattdessen auf den Ausbau der Fotovoltaik setze.

Nach Abschluss der Beratungen beantragte Fraktionsvorsitzender Schreiner (SPD) geheime Abstimmung für diese Angelegenheit. Der Antrag auf geheime Abstimmung wurde bei lediglich sieben Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend stimmte der Gemeinderat über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion, d.h. die erneute Beantragung eines Zielabweichungsverfahrens ab. Der Antrag wurde bei sieben Ja-Stimmen mehrheitlich mit 17 Stimmen abgelehnt.

### **Entschädigung der Ortsratsmitglieder**

Nach einer Anregung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Lothar Schreiner in der Gemeinderatssitzung vom 23.04.2009 wurde über eine mögliche Anpassung bzw. Neufestsetzung der Ortsratsentschädigungen beraten.

Der Gemeinderat hatte in seinem grundlegenden Beschluss über die Festsetzung von Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit vom 07.02.1995 festgelegt, dass die Ortsratsmitglieder einen einheitlichen Pauschalbetrag von jährlich 80,00 DM erhalten. Dieser Pauschalbetrag wurde mit dem Ratsbeschluss über die Euroanpassung vom 29.10.2001 auf 50,00 € pro Jahr neu festgesetzt und gilt seit dem 01.01.2002 in dieser Höhe unverändert.

Die Verwaltung hat sich mit der Angelegenheit befasst und schlägt in Anlehnung an die Entschädigungsregelung für die Gemeinderatsmitglieder folgende Neufestsetzung von Entschädigungen gemäß den §§ 51 und 74 Nr. 15 KSVG ab der 8. Wahlperiode vor:

Die Mitglieder der Ortsräte erhalten:

- a) Zur Abgeltung der mit ihrer Tätigkeit verbundenen baren Auslagen einen monatlichen Grundbetrag von 5,00 €
- b) ein Sitzungsgeld je Sitzung von 10,00 €

Der Gemeinderat stimmte nach kurzer Beratung dem Verwaltungsvorschlag zur Änderung der bisherigen Regelung zu den Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit bzgl. der Ortsräte einstimmig zu.

### **Bibliothek am Schengen-Lyzeum (Antrag CDU-Fraktion)**

Die CDU-Fraktion hat in einem Schreiben vom 12.05.2009 die Beratung dieses Punktes beantragt. Der Antrag zielt darauf ab die Gemeinde zu beauftragen, mit dem Schulträger des Schengen-Lyzeums zu verhandeln, die Bibliothek des Lyzeums allen Bürgern zur Verfügung zu stellen und eine entsprechende Zugangsmöglichkeit zu gewährleisten.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde von Herrn Matheus begründet. Er wies u.a. darauf hin, dass nach Aussage von Schulleiter Staudt die Bibliothek bei Herstellung der Öffentlichkeit aus Sicherheitsgründen nur durch einen separaten Zugang betreten werden dürfe.

Nach kurzer Beratung beschloss der Gemeinderat dem CDU-Antrag folgend einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, auf die Möglichkeit der öffentlichen Nutzung der Schulbibliothek des Schengen-Lyzeums durch Gespräche mit dem Landkreis Merzig-Wadern und der Schulleitung hinzuwirken.

### **Auftragsvergaben**

Der Gemeinderat beschloss jeweils einstimmig die Vergabe folgender Aufträge:

- Die W + ST Publica Revisionsgesellschaft mbH aus Dillingen als Prüfer für die Jahresabschlüsse 2008 der Eigenbetriebe Gemeindewasserwerk und Abwasserbetrieb.
- Ausführung der Globalmaßnahmen 2009 an die Firma Peter Keren GmbH aus Tettingen – hier: Bestätigung der durch den Bau- und Umweltausschuss mit Beschluss vom 07.05.2009 erfolgten Auftragsvergabe.
- Erweiterung der Grundschule Dreiländereck um einen Ganztagsbereich
  - Maler- und Lackierarbeiten an die Firma Maler Schmitt aus Saarhölzbach.
  - Fassadenerneuerung und Dämmarbeiten an die Firma Alexander Schirrah aus Oberleuken.
  - Bodenbelagsarbeiten an die Firma Klaus Schmitt aus Nalbach.

### **Grundstücksangelegenheiten**

Der Gemeinderat beschloss jeweils einstimmig einen Grundstückstausch im Bereich der Moselau zwischen Besch und Nennig, den Erwerb von zwei Grundstücken auf Gemarkung Perl, den Verkauf von vier Baugrundstücken im Baugebiet „Entlang der Bahnhofstraße“ in Perl sowie den Verkauf eines Baugrundstücks im Baugebiet „Auf Keilen“ in Tettingen-Butzdorf.

### **Anfrage der CDU-Fraktion zu dem Vorhaben bezogenen Bebauungsplan zur Ausweisung eines Sondergebietes „Großflächiger Einzelhandel in Perl“ in Perl**

Fraktionsvorsitzender Stegmann erinnerte den Bürgermeister an die von der CDU-Fraktion im Zusammenhang mit der Ausweisung eines Sondergebietes für großflächigen Einzelhandel im Bereich der Trierer Straße in Perl formulierte Anfrage vom 12.05.2009. Eine Erklärung des Bürgermeisters in dieser Sache habe er im Hinblick auf die entsprechend mögliche Beratung der Angelegenheit in der heutigen Sitzung bisher vermisst.

Herr Stegmann erklärte zu Protokoll, „dass eine Entscheidung in dieser Frage bisher einzig und allein daran gescheitert ist, dass die in der Bauausschusssitzung vom 08.01.2009 einstimmig beschlossenen Entscheidungskriterien von Seiten der Beteiligten, also von den Antragstellern und der Verwaltung, bis heute nicht vorliegen.“

Er bat darum, diesen Punkt für die nächste Sitzung wiederum auf die Tagesordnung zu setzen.

### **Einrichtung einer neuen Dienststelle der Bundespolizei in Perl – Besuch des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium Peter Altmaier**

Herr Stegmann erinnerte an den Besuch des Staatssekretärs Peter Altmaier in der Gemeinde Perl und die bis Ende Juni zu erwartende positive Entscheidung hinsichtlich der Einrichtung einer neuen Dienststelle der Bundespolizei. Er sieht darin eine weitere positive Entwicklung für die Gemeinde.

### **Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Manfred Stegmann**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Gemeinderat, Herr Manfred Stegmann, hatte darum gebeten, zum Ende der Sitzung eine persönliche Erklärung entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung abgeben zu können; ihm wurde hierzu nach Ende der Beratungen Gelegenheit gegeben.

Herr Stegmann gab in einer Abschiedsrede anlässlich seiner letzten Gemeinderatssitzung am heutigen Tag einen kurzen Rückblick über die 30 Jahre seiner kommunalpolitischen Tätigkeit im Gemeinderat Perl. Er war 18 Jahre lang Fraktionsvorsitzender und 20 Jahre Beigeordneter, davon 10 Jahre Erster Beigeordneter; er zählte dabei einige der für ihn wichtigsten Entscheidungen hinsichtlich der Entwicklung der Gemeinde Perl in dieser Zeit auf.

Abschließend bedankte er sich bei allen, die in dieser Zeit mit Ihm zusammengearbeitet haben und insbesondere bei seiner Familie und wünschte der Gemeinde Perl in der Zukunft eine weiterhin gute Entwicklung und den Segen Gottes.

Der Bürgermeister und alle im Rat vertretenen Fraktionen sowie der Bürgermeister bedankten sich mit einigen persönlichen Worten bei Herr Stegmann für die geleistete Arbeit zum Wohle der Gemeinde und wünschten Ihm für die Zukunft alle Gute.